

Datenschutz: Neue Wege zur Einwilligung – wirtschaftliche Chancen, politische Notwendigkeiten

Ausgangslage

Wenn wir digitale Dienste nutzen wollen, müssen wir uns damit einverstanden erklären, dass die Anbieter der Dienste unsere persönlichen Daten speichern und verarbeiten. Diese Einwilligung muss „informiert“ und freiwillig sein. Wir sollen also wissen, für wie lange und zu welchem Zweck unsere Daten gespeichert und verarbeitet werden, und ob die Daten möglicherweise an Dritte weitergegeben werden. Eine Zustimmung hierzu können wir jederzeit widerrufen. Dies alles führt dazu, dass die Einwilligungserklärungen, welche die Anbieter uns vorlegen, meist lang und kompliziert sind – und dass wir immer öfter „Ich stimme zu“ anklicken, ohne alles gründlich gelesen und verstanden zu haben. Das schadet dem beiderseitigen Vertrauen.

Die Studie

Wie wäre es nun, wenn es dafür eine technische Lösung gäbe? Ideen gibt es bereits: „Personal Information Management Services“ (PIMS) oder auch „PETs“ (Privacy Enhancing Technologies). Diese Konzepte sind in Deutschland bisher kaum bekannt; in anderen europäischen Ländern werden sie dagegen schon seit einiger Zeit diskutiert. Die Stiftung Datenschutz hat diese Ansätze untersucht und im März 2017 die Studie „Neue Wege bei der Einwilligung“ vorgelegt. Gefördert vom Bundesministerium des Innern erläutern die Autorinnen und Autoren die aktuellen Konzepte, diskutieren die

technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Anforderungen und entwickeln daraus konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik, die Forschung, die datenverarbeitende Wirtschaft und die Datenschutzaufsichtsbehörden.

Feststellung

Weltweit arbeiten unterschiedliche Teams von Entwicklern und Netzaktivisten an verschiedenen Formen von PIMS. Nach einer eingehenden Analyse kommt die Stiftung Datenschutz zu dem Schluss, dass PIMS künftig mehr Transparenz ermöglichen, Bürgern mehr Schutz ihrer persönlichen Daten gewährleisten sowie Probleme im Einwilligungsprozess lösen können. Voraussetzung für den Erfolg von PIMS sind nach der Studie außerdem europaweit einheitliche technische Standards, damit entsprechend der EU-Datenschutz-Grundverordnung das Schutzniveau in allen europäischen Ländern gleich hoch ist.

Fazit

Wir brauchen neue Wege der Einwilligung im digitalen Miteinander. Die Entwicklung marktfähiger technischer Lösungen erfordert verbesserte politische und juristische Rahmenbedingungen. Die datenverarbeitenden Unternehmen müssen ihre Prozesse standardisieren, werden aber von Einsparungen und besserer Datenqualität profitieren.



Politische Handlungsfelder und Forderungen

- 1 Wir brauchen neue Wege der Datenschutzpolitik. Innovation und Datenschutz müssen endlich gemeinsam und nicht als Antagonisten diskutiert werden.
- 2 Zur Ausgestaltung von Einwilligungserklärungen sind europaweit einheitliche Leitlinien der Datenschutzaufsichtsbehörden notwendig.
- 3 Einwilligungsassistenten sind geeignete technische Hilfsmittel für mehr Privatheit und Transparenz. Deshalb sollten sie gefördert werden.
- 4 Artikel 25 der EU-Datenschutz-Grundverordnung sieht das Gebot Datenschutz durch Technik vor. Wir sollten das Gesetz mit Leben füllen.
- 5 Eine vertiefte Datenschutzaufklärung ist nötig, da PIMS hierzulande noch kaum bekannt sind.
- 6 Eine erfolgreiche Digitalisierung braucht geschützte Daten. Wir regen eine vertiefte Forschung zu technischen, wirtschaftlichen und verhaltenspsychologischen Aspekten der Datennutzung an.



Kontakt:

Sebastian Himstedt

Stiftung Datenschutz
Karl-Rothe-Straße 10–14
04105 Leipzig

Telefon 0341 – 234 096 43
presse@stiftungdatenschutz.org
www.stiftungdatenschutz.org



www.stiftungdatenschutz.org/pims-studie